

14.10

Bundesrätin Dipl.-Ing. Andrea Holzner (ÖVP, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Auch von mir herzlichen Glückwunsch zur Präsidentschaft und alles Gute für die Vorsitzführung!

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher zu Hause vor den Bildschirmen! Ich weiß nicht, Herr Kollege Reisinger, hat die SPÖ noch immer nicht verstanden, dass jeder, der in einer Gemeinde lebt, gleichzeitig auch eng mit dem Staat verwoben ist, dass die Krise jede Gebietskörperschaft, ob Bund, Land oder Gemeinde, stark getroffen hat, dass alle mit finanziellen Einbußen zu rechnen haben und dass wir diese Krise nur gemeinsam bewältigen? (*Beifall bei ÖVP und Grünen. – Zwischenruf des Bundesrates Schennach.*)

Die Gemeinden kostet die Krise bisher rund 2 Milliarden Euro: einbrechende Ertragsanteile, Rückläufe in der Kommunalsteuer. Der Bund hat die Gemeinden nicht im Stich gelassen. (*Zwischenruf der Bundesrätin Grimling. – Bundesrat Schennach: Das glaubt ja nicht einmal ein ÖVP-Bürgermeister!*) Letztes Jahr im Mai haben wir hier im Bundesrat ein kommunales Investitions paket in der Höhe von 1 Milliarde Euro beschlossen. Die Krise ist noch nicht zu Ende, daher beschließen wir heute hoffentlich im zweiten Gemeinde paket 1,5 Milliarden Euro für die Gemeinden. Dieses Paket bringt den Gemeinden Liquidität und Planungssicherheit. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Als Bürgermeisterin freue ich mich natürlich sehr über diese Pakete. (*Bundesrätin Grimling: Ja! – Bundesrat Spanring: ... Verrat an Gemeinden!*) Wir haben eine Fülle von Aufgaben und spielen eine wichtige Rolle in der Krisenbewältigung. Mit unseren Investitionen in die Daseinsvorsorge – von der Straße über den Kanal bis zur Kinderbetreuung – sichern wir 40 000 Arbeitsplätze und sind wichtiger Wirtschaftsmotor im ländlichen Raum.

In den Gemeinden wird Ehrenamt großgeschrieben. (*Bundesrat Spanring: Parteipolitik wird großgeschrieben!*) Bei den Testungen wird auf unsere Struktur zurückgegriffen, mit unseren Freiwilligen des Roten Kreuzes und der Feuerwehr sind wir wichtiger Partner bei der Durchführung der Tests. Die Gemeinde ist der erste öffentliche Ort, an dem Demokratie erleb- und erlernbar ist. Gemeinden genießen bei den Bürgern Vertrauen, die unmittelbaren Begegnungen mit den Menschen, dass man etwas ausredet, das fördert den sozialen Zusammenhalt.

Wir Bürgermeister haben den Ruf, eine bodenständige Zunft zu sein. So begrüße ich auch den Werkzeugkasten der Bundesregierung zur Bewältigung der Krise. Wenn ich ein Haus saniere, muss ich auch nach verschiedenen Werkzeugen greifen, und die zwei Gemeindepakete sind Werkzeuge für die Wirtschaft vor Ort. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das erste soll Investitionen ankurbeln. Lassen Sie mich kurz erzählen, wie wir in unserer Gemeinde diese Mittel einsetzen. Die Gemeinden sind sowohl in der Auswahl der Projekte als auch im Zeitraum flexibel und es sind Doppelförderungen möglich. Wir erhalten vom Bund 216 000 Euro und im Rahmen des oberösterreichischen Gemeindepaketes zusätzlich 43 000 Euro. Diese sowie 136 000 Euro der Bundesmittel fließen, verteilt über die Jahre 2020 und 2021, in Straßensanierungen.

Für 2021 haben wir im Gemeinderat die Errichtung von Geh- und Radwegen beschlossen. Dafür verwenden wir die noch übrigen 80 000 Euro aus der Bundesförderung. Da Doppelförderungen möglich sind, schöpfen wir aus den Töpfen Verkehrssicherheit und Klimaaktiv zusätzlich Förderungen in der Höhe von 56 000 Euro. Unsere Eigenmittel können wir daher auf 24 000 Euro beziehungsweise auf 15 Prozent – nicht 50! – reduzieren. Wir können unseren Eigenmittelanteil erbringen, da unsere Gemeinde bisher vom Einbruch der Kommunalsteuereinnahmen verschont geblieben ist, unsere Betriebe sind im Bereich Elektronik sowie Bau und Baubewegewerbe angesiedelt.

In Regionen mit Schwerpunkt Tourismus, Kultur und Veranstaltungen schaut die Situation leider anders aus (*Bundesrat Steiner: Also doch!*), daher gibt es das zweite Gemeindepaket. Dieses bringt Liquidität im Umfang von 1,5 Milliarden Euro unbürokratisch und schnell in die Gemeinden: 400 Millionen Euro als Aufstockung der Ertragsanteile, 100 Millionen Euro treffsicher für strukturschwache Gemeinden und 1 000 Millionen Euro zinslose Sondervorschüsse zur Liquiditätsstärkung. Damit liegen die Ertragsanteile 2021 circa 2,6 Prozent über den Ertragsanteilen aus dem im Rückblick goldenen Jahr 2019.

Insgesamt gibt es mit diesen beiden Paketen durchschnittlich rund 280 Euro direkter Coronahilfe pro Einwohner. Kollege Novak, Sie haben im Juni ein zinsloses Darlehen gefordert, Kollege Reisinger, Sie haben im Oktober und auch heute 250 Euro für jeden Bürger vorgeschlagen. Das wird nun alles verwirklicht. Ich verstehe nicht, dass Sie da nicht zustimmen wollen! (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf der Bundesrätin Schumann. – Bundesrat Spanring: Ein Hohn ist so eine Aussage! Unfassbar!*)

Zusätzlich wird ein Wachstumspfad garantiert – es ist ein Novum in dieser Finanzausgleichsnovelle –: Bis zum Jahr 2026 steigen die Ertragsanteile stufenweise um 1 bis

2 Prozent. Die Differenz zum zusätzlichen tatsächlichen Aufkommen wird mittels weiterer Sondervorschüsse gedeckt. Sollten ab 2023 die Ertragsanteile über 2 Prozent wachsen, wird der Betrag über den garantierten Ertragsanteilen für die Rückzahlung verwendet. Das bedeutet Planungssicherheit für die Gemeinden. Mit einem Monitoring beobachtet man im weiteren Verlauf der Pandemie die Auswirkung auf die Gemeinden. Meine Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion, Regionen und Branchen sind unterschiedlich betroffen! Mit dem Werkzeug Gießkanne wird man den Gemeinden nicht gerecht. Wenn der freiheitliche Klubobmann Herbert Kickl die Ursache dieser Krise, nämlich das Coronavirus, nicht sehen will, wird er – und Sie mit ihm – kein geeignetes Werkzeug finden, um aus dieser Krise herauszukommen. (*Beifall bei der ÖVP.* – **Bundesrat Spanring:** *Das ist einfach nur polemisch! Hören Sie sich einmal eine Pressekonferenz an, dann werden Sie hören, was die tatsächliche Einstellung ist! Unfassbar!*)

Geschätzte Bürgermeisterkollegen aus SPÖ und FPÖ, lassen Sie Vernunft walten und geben Sie den Gemeinden dieses Werkzeug zweites Gemeindepaket in die Hand! Kollege Ofner, Sie lassen für Ihre Gemeinde 354 000 Euro liegen; Vizebürgermeister Egger, Sie würden für Ihre Gemeinde 804 000 Euro liegen lassen. Stellen Sie sich vor, was Sie damit in Ihrer Gemeinde verwirklichen könnten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend bedanke ich mich beim Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes Alfred Riedl, der in Abstimmung mit den Bundesländern dieses Paket verhandelt hat. Die Gemeindebundpräsidenten und die -präsidentin sind profunde Kenner der Gemeinden und auch der Finanzströme und Aufgabenverteilung im Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir werden diese Krise gemeinsam meistern. Wir als Gemeinden werden unsere Rolle in der Krisenbewältigung tatkräftig wahrnehmen. Es ist ein Kraftakt für Österreich. Liebe Menschen in Österreich, helfen wir zusammen! – Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bringe noch folgenden Antrag ein:

Antrag

gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR der BundesrätlInnen Karl Bader, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen

„zu TOP 2) Beschluss des Nationalrates vom 20. Jänner 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Einkommensteuergesetz 1988 und die Bundesabgabenordnung geändert werden (630 d.B. und 634 d.B. sowie 10538/BR d.B.)

in der 921. Sitzung des Bundesrates

Die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR den Antrag, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.“

(Beifall bei ÖVP und Grünen.)

14.19

Präsident Mag. Christian Buchmann: Der von den Bundesräten Karl Bader, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen eingebrachte Antrag gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach mit in Verhandlung.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Josef Ofner. – Bitte, Herr Bundesrat.

(*Bundesrätin Steiner-Wieser: Gib Gas, Pepi!*)